



Pulheimer Resolution

zur Hilfe und Integration für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte

Mitglieder des Netzwerks Flüchtlingshilfe Pulheim

Pulheim, im Juni 2017

Präambel

Wir sind ein Netzwerk unabhängiger Pulheimer Bürger, die sich ehrenamtlich für alle in Not geratenen Pulheimer Bürger engagieren. Insbesondere haben wir uns in den letzten Jahren in der Flüchtlingshilfe bei Sprachvermittlung, Begleitung von Behördengängen, Wohnungs- und Arbeitssuche sowie zahlreichen weiteren helfenden und integrierenden Maßnahmen eingebracht.


Ein lebendiger Staat lebt auch von engagierten Bürgern. Wir begrüßen ausdrücklich die humanitäre Entscheidung Menschen in größter Not auch in großer Anzahl in unserem Land aufgenommen zu haben. Viele wären sonst ertrunken, viele haben unsägliches Leid ertragen müssen. Unser Engagement auch in der Flüchtlingshilfe wollen wir deshalb weiter pflegen.


Umgekehrt sind dem Wirken des Einzelnen und den Fähigkeiten eines Netzwerkes Grenzen gesetzt. Hierbei stoßen wir in vielen Bereichen regelmäßig wieder auf die gleichen Problemstellungen. Nicht alle werden sich auf leichte Weise lösen lassen. Dennoch sind einige dieser Probleme so vordringlich und finden in der Lösung einen so starken Konsens, dass wir diese als engagierte Bürger mit einer klaren Erwartungshaltung an Staat und Politik adressieren.

Unsere Erwartungshaltung beinhaltet, dass staatliche und politische Organe diese Probleme gemeinschaftlich und engagiert angehen. Wir sind überzeugt, dass die Lösung dieser Probleme und insgesamt die Integration der länger in Deutschland verbleibenden Flüchtlinge eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft darstellt. Dieser Herausforderung müssen sich Bürger, Staat und Politik unabhängig von parteipolitischen und behördlichen Zuständigkeiten und Interessen stellen, um die Grundwerte unserer Gesellschaft zu leben und zu sichern.




Kernfelder für eine menschenwürdige Integration

 Forderungen an die Kommune/den Kreis




 Forderungen an das Land NRW

 Forderungen auf Bundesebene

Wohnen


-  1. Unterkünfte sollen auf maximal 50 Bewohner ausgelegt und die bestehenden Großunterkünfte nur als kurzfristige Lösung gesehen werden. Nach der Anerkennung des Asylstatus soll die Verweildauer auf maximal 6 Monate begrenzt sein. Die Stadt soll ausdrücklich einer Ghetto-Bildung entgegenwirken.
-  2. Wir fordern die Streichung der Wohnsitzauflage, weil sie undurchführbar und kontraproduktiv ist.
-  3. Bezahlbarer Wohnraum soll durch staatliche Förderung und durch Unterstützung privater Investoren geschaffen werden. Dieser Wohnraum soll verteilt über das Stadtgebiet entstehen mit guter infrastruktureller Anbindung. Schon jetzt werden zusätzlich 70 Wohnungen für die bereits anerkannten Flüchtlinge in Pulheim benötigt.

Arbeit

-  1. Wir fordern die Aufstockung des Personals des Jobcenters und der Ausländerbehörde, die Genehmigung zur Arbeitsaufnahme dauert zu lange.
-  2. Die Befristung der Aufenthaltsgenehmigung auf ein Jahr verhindert Perspektiven am Arbeitsmarkt (und Wohnungsmarkt)
-  3. Das Jobcenter in Pulheim sollte für Leistung und Beratung der Flüchtlinge aus Pulheim zuständig sein, Flüchtlinge werden nicht selten für Kleinigkeiten nach Bergheim bestellt, was zu unnötigen Kosten und Zeitverlust für Flüchtlinge und ehrenamtliche Begleitpersonen führt.

Schule

Weil Kinder von Flüchtlingen oft unterbrochene Schullaufbahnen haben, dort oft ein erheblich geringeres Level gelehrt wurde und eine neue Sprache erlernen müssen, fordern wir:

-  1. Bereitstellung von ausreichenden Kita- und Schulplätzen in allen Schulformen, damit alle Kinder gemäß ihren sprachlichen und

intellektuellen Fähigkeiten einen Schulabschluss erlangen können. Es fehlen in Pulheim eindeutig Schulplätze für Kinder mit einer Perspektive auf einen Hauptschulabschluss.



2. Ausbau und Förderung der Berufskollege mit Sachmitteln und Lehrkräften, weil Berufskollege besonders geeignet sind zugewanderten Kindern und Jugendlichen einen Schulabschluss und Berufsperspektive zu ermöglichen.



3. Viele Flüchtlinge kommen im Alter von 16-25 Jahren mit einer hohen Bildungsbereitschaft, ab 18 Jahren endet aber die Schulpflicht in Deutschland. Wir fordern einen Anspruch auf Beschulung bis zur Erlangung eines qualifizierten Schulabschlusses für zugewanderte junge Erwachsene.

Behördenschungel



1. Wir fordern die Sicherstellung, dass beim Übergang vom Sozialamt zum Jobcenter die Flüchtlinge einen Leistungsbezug innerhalb von 4 Wochen erhalten.



2. Vereinbarungen mit den Krankenkassen vor Ort treffen, damit die Flüchtlinge auch beim Übergang nahtlos krankenversichert sind.



3. Bessere Zusammenarbeit zwischen Ausländerbehörde, Jobcenter, Sozialamt und BAMF (zweckgebundener Datenaustausch), damit die Bearbeitungszeit deutlich verkürzt wird.

Stadt Pulheim



1. Personelle Ressourcen für eine Einzelfallbetreuung und sozialarbeiterische Fallführung wie sie in vielen Kommunen üblich ist, d.h. nach Kölner Vorbild maximal 80 Fälle pro voller Sozialarbeitsstelle.



2. Die Zuwanderung von Flüchtlingen hält an. Wir fordern dringend, dass die Sozialarbeiterstellen für die Flüchtlingsbetreuung in unbefristete Stellen umgewandelt werden.



3. Erarbeitung und Umsetzung eines Integrationskonzepts, das von der ad hoc Betreuung einen Weg zur langfristigen Integration in Bildung, Beruf, Wohnung und soziales Umfeld aufzeigt. Dabei sollten alle betroffenen Organisationen und Einrichtungen in der Stadt in den Prozess einbezogen werden.

Asylverfahren

1. Umgehende Entscheidung über Asylanträge auch für Betroffene aus sicheren Staaten. Es kann nicht angehen, dass diese über Monate/ Jahre liegen bleiben.
2. Überweisung von Flüchtlingen in die Kommunen nach Erhalt eines sicheren Aufenthaltsstatus (Integrationsleistungen von Kommune, Flüchtlingen und Ehrenamtler laufen sonst ins Leere).
3. Sicherstellung eines ordentlichen rechtsstaatlichen Verfahrens durch die Bereitstellung von gewissenhaften Dolmetschern und Rechtshilfe für die Asylbewerber.
4. Keine Abschiebung nach Afghanistan.

Unterschriften